

Vorträge der Senatskanzlei

für die Sitzung des Senats am 21. September 2021

Beschlüsse des Senats zu den Beschlüssen der Sitzungen der Bremischen Bürgerschaft vom 14. bis 16. September 2021

Beschluss:

Der Senat nimmt die Beschlüsse der Sitzungen der Bremischen Bürgerschaft vom 14. bis 16. September 2021 zur Kenntnis und fasst folgende Einzelbeschlüsse:

Stadtbürgerschaft am 14. September 2021

Nr. 20/247 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Wie ist es um die Auszahlung von Wohngeld in Bremen bestellt?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 26. Juli 2021
(Drucksache [20/481 S](#))
2. Wann werden die Sporthallen der Universität Bremen endlich saniert?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 5. August 2021
(Drucksache [20/483 S](#))
3. Zukunft des Wirtschaftsstandorts Bremen nicht aufs Spiel setzen –
Gewerbeentwicklungsprogramm 2030 unverzüglich vorlegen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 14. September 2021
(Drucksache [20/498 S](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/248 S

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 13. September 201

Die Stadtbürgerschaft stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Bebauungsplan 1270 für ein Gebiet in Bremen-Burglesum zwischen Verbindungsweg Friedensheimer Straße – Grönlandstraße, Friedensheimer Straße rückwärtig Nr. 21 bis 43, Weyerdeelenstraße rückwärtig Nr. 5 bis 11 und Grönlandstraße rückwärtig Nr. 20 (Dreiha Werke)

Mitteilung des Senats vom 10. August 2021
(Drucksache [20/485 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 1270.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt den Bebauungsplan sowie den Ort der Auslegung im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen bekannt zu machen.

2. 24. Änderung des Flächennutzungsplanes
Bremen-Gröpelingen (Errichtung Toom Bau- und Heimwerkermarkt)

Mitteilung des Senats vom 24. August 2021
(Drucksache [20/490 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt die 24. Änderung des Flächennutzungsplanes.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt die 24. Änderung des Flächennutzungsplanes sowie die Veröffentlichung als Amtliche Bekanntmachung.

3. Vorhabenbezogener Bebauungsplan 154 für ein Gebiet in Bremen-Gröpelingen, Ortsteil Oslebshausen teilweise zwischen Schragestraße und Bundesautobahn 27 (BAB 27) mit beiliegendem Vorhaben- und Erschließungsplan

Mitteilung des Senats vom 24. August 2021
(Drucksache [20/491 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan 154.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt den Bebauungsplan sowie den Ort der Auslegung im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen bekannt zu machen.

4. Vorhabenbezogener Bebauungsplan 111 (mit Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung von Wohn- und gemischtgenutzten Gebäuden in Bremen-Vegesack zwischen der Gerhard-Rohlfs-Straße, der Albrecht-Roth-Straße und der Schulkenstraße

Mitteilung des Senats vom 31. August 2021

(Drucksache [20/495 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan 111 (mit Vorhaben- und Erschließungsplan).

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt den Bebauungsplan sowie den Ort der Auslegung im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen bekannt zu machen.

5. Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Stadtgemeinde Bremen für die Haushaltsjahre 2022 und 2023; Finanzplanung 2021 bis 2025

Mitteilung des Senats vom 2. September 2021

(Drucksache [20/496 S](#))

Die Stadtbürgerschaft überweist die Haushaltsgesetze 2022 und 2023, die Haushaltspläne für die Haushaltsjahre 2022 und 2023, (Produktgruppenhaushalte, kamerale Haushalte einschließlich der maßnahmenbezogenen Investitionsplanung, produktgruppenorientierte und kamerale Stellenpläne, Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe, sonstigen Sondervermögen, Stiftungen und Anstalten öffentlichen Rechts sowie Haushalte der unselbstständigen Stiftungen und Vermächtnisse) zur Beratung und Berichterstattung an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss (federführend), den Ausschuss für Angelegenheiten der stadtbremischen Häfen, den Ausschuss für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte und den städtischen Controllingausschuss.

Die Stadtbürgerschaft überweist die Übersicht zu den Anträgen der Ortsämter zur Aufstellung der Haushalte 2022 und 2023 zur Beratung und Berichterstattung an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss (federführend) und den Ausschuss für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte.

Die Stadtbürgerschaft überweist den Finanzplan 2021 bis 2025 mit maßnahmenbezogener Investitionsplanung zur Beratung und Berichterstattung an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

6. Mitgliedschaft in parlamentarischen Gremien

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 9. September 2021
(Drucksache [20/497 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/249 S

Aktuelle Stunde

Die Stadtbürgerschaft führt auf Antrag der Abgeordneten Thore Schäck, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

„Konflikt um Einbahnstraße am Wall – Umgestaltung darf nicht zulasten von Einzelhändlern und Anwohnern gehen!“

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/250 S

Fragestunde

1. Anträge auf Schulrückstellung zum Schuljahr 2021/2022
Anfrage der Abgeordneten Petra Krümpfer, Gönül Bredehorst, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 30. Juni 2021
2. Wann wird der Schutzstreifen für Radfahrerinnen und Radfahrer in der Gastfeldstraße endlich erneuert?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Thore Schäck, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 30. Juni 2021
3. Unterstützung von Migrantenorganisationen in der Stadtgemeinde Bremen
Anfrage der Abgeordneten Sahhanim Görgü-Philipp, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 2. Juli 2021
4. Unterricht draußen, in allen Fächern, bei jedem Wetter, an jedem Tag: Die Oberschule Sebaldsbrück geht neue Wege
Anfrage der Abgeordneten Christopher Hupe, Jan Saffe, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 6. Juli 2021
5. Junge Menschen mit Suchtproblemen
Anfrage der Abgeordneten Sahhanim Görgü-Philipp, Ilona Osterkamp-Weber, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 6. Juli 2021
6. Digitales Besucherleit- und Informationssystem für die Bremer Innenstadt
Anfrage der Abgeordneten Carsten Meyer-Heder, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 6. Juli 2021
7. Verkehrliche Anbindung des Übergangwohnheims Wardamm
Anfrage der Abgeordneten Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 7. Juli 2021
8. Autoposer nerven die Bürger:innen und gefährden die Gesundheit
Anfrage der Abgeordneten Ralph Saxe, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 8. Juli 2021
9. Elterntaxis vermeiden, Schulwegsicherheit verbessern
Anfrage der Abgeordneten Ralph Saxe, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 8. Juli 2021
10. Barrierefreiheit – wie engagiert sind die Bremer Bäder?
Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Eva Quante-Brandt, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 21. Juli 2021

Die Stadtbürgerschaft nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

11. Weitergabe diskriminierender Mietangebote durch die Zentrale Fachstelle Wohnen

Anfrage der Abgeordneten Cindi Tuncel, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 4. August 2021

12. Erschwerter Führerscheintausch für Bremen-Norder?

Anfrage der Abgeordneten Bettina Hornhues, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 23. August 2021

13. Aktueller Stand der Stellenbesetzung beim „Aktionsplan 2025 – Gesunde Ernährung in der Gemeinschaftsverpflegung der Stadtgemeinde Bremen“

Anfrage der Abgeordneten Jan Saffe, Christopher Hupe, Dr. Solveig Eschen, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 1. September 2021

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/251 S

Aufhebung der Nachtflugbeschränkung des Hans-Koschnick-Flughafens von 22:30 Uhr bis 6:00 Uhr hier in Bremen

Antrag des Abgeordneten Peter Beck (LKR)
vom 1. März 2021

(Drucksache [20/414 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/252 S

Mögliche Kindeswohlgefährdung durch Schul-iPads

Antrag des Abgeordneten Peter Beck (LKR)
vom 21. Juni 2021

(Drucksache [20/469 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/253 S

Personalsituation im Gesundheitsamt Bremen – Besserung in Sicht?

Große Anfrage der Fraktion der FDP

vom 31. Mai 2021

(Drucksache [20/463 S](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 20. Juli 2021

(Drucksache [20/479 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/254 S

171. Ortsgesetz über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch für ein Gebiet in Bremen-Vegesack innerhalb des Geltungsbereiches der 4. Änderung des Bebauungsplanes 984 nördlich der Hammersbecker Straße, von Hausnummer 161 bis 193, westlich des Spielplatzes an der Johann-Jansen-Straße und südlich der Bahntrasse der Regio-S-Bahn

Mitteilung des Senats vom 10. August 2021

(Drucksache [20/484 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Ortsgesetzes und dessen Verkündung im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 20/255 S

Bebauungsplan 2515 für ein Gebiet in Bremen-Obervieland zwischen Habenhauser Landstraße, Friedrich-Engels-Straße und Steinsetzerstraße (zum Teil beiderseits)

Mitteilung des Senats vom 24. August 2021
(Drucksache [20/492 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 2515.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt den Bebauungsplan sowie den Ort der Auslegung im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen bekannt zu machen.

Nr. 20/256 S

Vorkaufsortsgesetz „Alte Süßwarenfabrik“

Mitteilung des Senats vom 31. August 2021
(Drucksache [20/493 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Ortsgesetzes und dessen Verkündung im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 20/257 S

Sondernutzungskonzept für die Erteilung von Sondernutzungserlaubnissen nach § 18 Bremisches Landesstraßengesetz für Fahrzeugverleihsysteme im Hinblick auf Fahrzeuge im Sinne der Elektrokleinstfahrzeuge-Verordnung (eKFV) durch das Ordnungsamt Bremen als nach § 47 Abs. 2 Bremisches Landesstraßengesetz (BremLStrG) für die Erteilung von Sondernutzungserlaubnissen nach § 18 BremLStrG zuständige Ortspolizeibehörde

Mitteilung des Senats vom 31. August 2021
(Drucksache [20/494 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Sondernutzungskonzept für die Erteilung von Sondernutzungserlaubnissen nach § 18 Bremisches Landesstraßengesetz für Fahrzeugverleihsysteme im Hinblick auf Fahrzeuge im Sinne der Elektrokleinstfahrzeuge-Verordnung (eKFV).

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/258 S

Bericht des städtischen Petitionsausschuss Nr. 20

vom 10. September 2021

(Drucksache [20/499 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Bürgerschaft (Landtag) am 15. und 16. September 2021

Nr. 20/546

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Zuwendungsrecht modernisieren – unnötige Bürokratie und Hemmnisse für Träger abbauen
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 10. November 2020
(Drucksache [20/704](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 26. Januar 2021
(Drucksache [20/797](#))
2. Unterstützung für Menschen mit Behinderung in den Krankenhäusern Bremens sicherstellen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 25. Februar 2020
(Drucksache [20/288](#))
3. Unterstützung für Menschen mit Behinderung in den Krankenhäusern Bremens sicherstellen!
Bericht der staatlichen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz vom 10. Mai 2021
(Drucksache [20/957](#))
4. Ehrenamtliches Engagement im Land Bremen – vielfältig, bunt und unterstützenswert!
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 19. Mai 2021
(Drucksache [20/968](#))
5. Rechte Gewalt und rechter Terror in Bremen und dem Umland?
Große Anfrage der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 25. Juni 2021
(Drucksache [20/1027](#))
6. Behandlung von Gewerbeabfall im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktion der SPD
vom 29. Juni 2021
(Drucksache [20/1034](#))
7. Das letzte Jahr vor der Einschulung: KiTa oder Vorschulklasse?
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 6. Juli 2021
(Drucksache [20/1041](#))

8. Deponie Grauer Wall – wann schützt der Senat endlich die Bremerhavener Bevölkerung und die Umwelt?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 20. Juli 2021
(Drucksache [20/1055](#))
9. Zukunftsfähigkeit des Wissenschaftsstandortes Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 26. Juli 2021
(Drucksache [20/1061](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/547

Staatsvertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen im Bereich des Ökologischen Landbaus

Mitteilung des Senats vom 31. August 2021
(Drucksache [20/1086](#))

Diese Mitteilung wurde vom Senat zurückgezogen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/548

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 13. September 2021

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Richterwahlausschusses

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt anstelle der ausgeschiedenen Abgeordneten Sascha Aulepp die Abgeordnete

Antje Grotheer

zum Mitglied und anstelle der Abgeordneten Antje Grotheer den Abgeordneten

Mustafa G ü n g ö r

zum stellvertretenden Mitglied des Richterwahlausschusses.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

2. Rechnung des Rechnungshofs über seine Einnahmen und Ausgaben in Kapitel 0011 des Haushaltsjahres 2019
Bericht des Rechnungshofs vom 22. September 2020
(Drucksache [20/615](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) erteilt dem Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen gemäß § 101 LHO wegen der Rechnung über seine Einnahmen und Ausgaben in dem Haushaltsjahr 2019 in Kapitel 0011 des Haushalts der Freien Hansestadt Bremen Entlastung.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

3. Rechnung des Rechnungshofs über seine Einnahmen und Ausgaben in Kapitel 0011 des Haushaltsjahres 2020
Bericht des Rechnungshofs vom 13. Juli 2021
(Drucksache [20/1045](#))
(Neufassung der Drucksache [20/1026](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) erteilt dem Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen gemäß § 101 LHO wegen der Rechnung über seine Einnahmen und Ausgaben in dem Haushaltsjahr 2020 in Kapitel 0011 des Haushalts der Freien Hansestadt Bremen Entlastung.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

4. Rechnung des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen über seine Einnahmen und Ausgaben in Kapitel 0011 für die Haushaltsjahre 2019 und 2020
Bericht und Antrag des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses vom 16. Juli 2021
(Drucksache [20/1053](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt den Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses zur Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

5. Erste Verordnung zur Änderung der Siebenundzwanzigsten Coronaverordnung zum Schutz vor Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2
Mitteilung des Senats vom 16. Juli 2021
(Drucksache [20/1052](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt die Mitteilung des Senats zur Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

6. Beteiligung der Bürgerschaft beim Erlass von Coronaverordnungen – Erste Verordnung zur Änderung der Siebenundzwanzigsten Coronaverordnung
Mitteilung des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses vom 16. Juli 2021
(Drucksache [20/1054](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt die Mitteilung des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses zur Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

7. Achtundzwanzigste Verordnung zum Schutz vor Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 (Achtundzwanzigste Coronaverordnung)
Mitteilung des Senats vom 22. Juli 2021
(Drucksache [20/1060](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt die Mitteilung des Senats zur Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

8. Beteiligung der Bürgerschaft beim Erlass von Coronaverordnungen –
28. Coronaverordnung
Mitteilung des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses
vom 26. Juli 2021
(Drucksache [20/1063](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt die Mitteilung des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses zur Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

9. Ermächtigung der SGFV zur Unterzeichnung des Staatsvertrages über
die Errichtung und den Betrieb des elektronischen
Gesundheitsberuferegisters als gemeinsame Stelle der Länder zur
Ausgabe elektronischer Heilberufs- und Berufsausweise sowie zur
Herausgabe der Komponenten zur Authentifizierung von
Leistungserbringereinstitutionen (eGBR-Staatsvertrag – eGBRStVtr) –
Vorunterrichtung der BBü über den Staatsvertrag
Mitteilung des Senats vom 10. August 2021
(Drucksache [20/1068](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt die Mitteilung des Senats zur
Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

10. Stellungnahme des Senats zum 15. Jahresbericht der
Landesbeauftragten für Informationsfreiheit
Mitteilung des Senats vom 10. August 2021
(Drucksache [20/1069](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist die Stellungnahme des Senats
zum 15. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit
zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft,
Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

11. Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Staatsgerichtshof
Mitteilung des Senats vom 24. August 2021
(Drucksache [20/1077](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

12. Fünfter Bericht des Senats gemäß § 12 BremIFG
Mitteilung des Senats vom 31. August 2021
(Drucksache [20/1084](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

13. Wahl einer Schriftführerin des Vorstandes der Bremischen
Bürgerschaft

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt anstelle der Abgeordneten Christine
Schnittker die Abgeordnete

Sina D e r t w i n k e l

zur Schriftführerin des Vorstandes der Bremischen Bürgerschaft.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

14. Wahl eines Mitglieds des Landesjugendhilfeausschusses

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt anstelle des Abgeordneten Jörg Zager
Herrn

Peter S t e i n k e

zum Mitglied des Landesjugendhilfeausschusses.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

15. Veränderungen in den Mitgliedschaften der parlamentarischen Gremien

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 9. September 2021
(Drucksache [20/1097](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

16. Erste Verordnung zur Änderung der Achtundzwanzigsten Coronaverordnung zum Schutz vor Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2

Mitteilung des Senats vom 24. August 2021
(Drucksache [20/1081](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

17. Beteiligung der Bürgerschaft beim Erlass von Coronaverordnungen – Erste Verordnung zur Änderung der Achtundzwanzigsten Coronaverordnung

Mitteilung des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses
vom 9. September 2021
(Drucksache [20/1098](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/549

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/550

Städtepartnerschaft mit Danzig ist Geschenk und Auftrag zugleich

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der FDP

vom 14. September 2021

(Drucksache [20/1100](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstreicht die zentrale Bedeutung der Städtepartnerschaft Bremens zu Danzig als Beitrag unserer Städte zu Frieden, Versöhnung, Begegnung und Zusammenarbeit. Sie ist uns ein besonderes politisches und gesellschaftliches Anliegen, um geschichtliche Erinnerung zu wahren und um Zukunft in Freundschaft zu entwickeln. Fünfundvierzig Jahre gemeinsamen Weges sind Anlass allen zu danken, die mit Weitsicht und Beharrlichkeit Pionierarbeit in der Begründung und Entwicklung unserer Partnerschaft geleistet haben. Die Bürgerschaft (Landtag) bekräftigt ihren Willen, dieses weiter pflegen und vertiefen zu wollen und wird auch weiterhin hierbei eine eigenständige und aktive Rolle auf der Basis der parlamentarischen Zusammenarbeit einnehmen.

2. Die Bürgerschaft (Landtag) betont, dass die Konsequenz aus den krisenhaften Entwicklungen der jüngeren Vergangenheit, wie zum Beispiel Fluchtbewegungen, Finanzkrise, Corona-Pandemie oder auch die aktuelle Lage in Afghanistan, ein Mehr an europäischer Kooperation, Selbständigkeit und Integration sein muss und dass nationale Alleingänge den Anforderungen komplexer und globaler Herausforderungen immer weniger gerecht werden. Sie sieht es als Aufgabe und Beitrag auch von Städtepartnerschaften im Allgemeinen und von der zu Danzig im Besonderen an, nicht nur die Zusammenarbeit auf regionaler Ebene zu fördern, sondern auch um mehr Verständnis für mehr gemeinsame auch überregionale Aufgabenwahrnehmung zu werben. Die Städtepartnerschaft von Danzig und Bremen stellt so nicht nur einen Mehrwert für die beteiligten Städte dar, sondern kann zur Entwicklung der bilateralen Beziehungen von Polen und Deutschland beitragen und ein Motor zur Weiterentwicklung der europäischen Idee sein.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt alle Begegnungen in Wirtschaft, Handel, Kultur und von Initiativen wie dem Bremer CSD-Verein oder dem Danziger Tolerado, die zur Verstärkung von Kontakten beitragen. Sie bittet Politik, Organisationen, Verbände und Zivilgesellschaft sich zu beteiligen, dieses zum Beispiel mit Blick auf andere und neue Bereiche auszudehnen beziehungsweise zu intensivieren. Digitalisierung oder künstliche Intelligenz, Gesundheitspolitik, Sport, Umwelt- und Verkehrspolitik, Sicherheit und Bildung sind beispielhafte Bereiche, in denen das Potential an Zusammenarbeit noch erweiterungsfähig erscheint.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) ist schließlich der Auffassung, dass die Städtepartnerschaft noch mehr als bisher dem Ziel der Begegnung von Bürgerinnen und Bürgern dienen soll. Jugendaustausch, auch durch eine Verstärkung der Unterstützung durch Erasmus, kann auf der Ebene der Schulen, der Berufsschulen und der Hochschulen, aber zum Beispiel auch auf der der Sportvereine noch intensiviert werden und soll sich zu einem Schwerpunkt der gemeinsamen Aktivitäten entwickeln. Die Bürgerschaft (Landtag) regt an, unter den Bedingungen von Corona auch über alternative Möglichkeiten der Begegnung und Kooperation, zum Beispiel mit digitalen Mitteln, verstärkt nachzudenken. Sie sieht Austausch und Kommunikation auch zukünftig als wesentliche Voraussetzung dafür an, gemeinsame Werte, Grundüberzeugungen und Erinnerungen zu erhalten und weiterzugeben. Mit dem Gedanken der Inklusion und einer verstärkten Einbeziehung des Ehrenamtes in gemeinsame Aktivitäten wollen wir zukünftig mehr als bisher erreichen, dass möglichst alle Teile der Bevölkerung, sozialen Gruppen und Generationen teilhaben können an der bereichernden Gemeinsamkeit durch Städtepartnerschaft.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatskanzlei zur weiteren Veranlassung.

Nr. 20/551

Personalsituation im Bereich der Kindertagesbetreuung

Große Anfrage der Fraktion der CDU

vom 5. Mai 2021

(Drucksache [20/953](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 22. Juni 2021

(Drucksache [20/1023](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/552

Verbandsklagerecht im Tierschutz um Anfechtungs- und Verpflichtungsklage erweitern – Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Verbandsklagerecht für Tierschutzvereine

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE

vom 12. Mai 2021

(Drucksache [20/961](#))

D a z u

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE

vom 7. September 2021

(Drucksache [20/1093](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 20/553

Zweites Gesetz zur Änderung des Bremischen Landesmediengesetzes

Mitteilung des Senats vom 31. August 2021

(Drucksache [20/1083](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist das Gesetz zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/554

Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 21

vom 14. September 2021

(Drucksache [20/1099](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/555

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2022 und 2023; Finanzplanung 2021 bis 2025

Mitteilung des Senats vom 2. September 2021

(Drucksache [20/1091](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Haushaltsgesetze der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 in erster Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist die Haushaltsgesetze der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2022 und 2023, die Haushaltspläne für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 (Produktgruppenhaushalte, kamerale Haushalte einschließlich der maßnahmenbezogenen Investitionsplanung, produktgruppenorientierte und kamerale Stellenpläne, Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe, Sonstigen Sondervermögen, Stiftungen und Anstalten öffentlichen Rechts sowie Sonderhaushalte) zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss (federführend) sowie an den Rechtsausschuss,

den Ausschuss für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen, den Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit, den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit, den Ausschuss für die Gleichstellung der Frau und den staatlichen Controllingausschuss.

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Finanzplan 2021 bis 2025 mit maßnahmenbezogener Investitionsplanung zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/556

Richtlinie Barrierefreiheit öffentlicher Gebäude des Landes und der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven

Mitteilung des Senats vom 2. März 2021

(Drucksache [20/856](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/557

Potenziale der Abgasminderung in der Seeschifffahrt nutzen

Antrag der Fraktion der CDU

vom 18. Februar 2020

(Drucksache [20/274](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/558

Potenziale der Abgasminderung in der Seeschifffahrt nutzen

Bericht und Antrag des Ausschusses für die Angelegenheit der Häfen im Lande Bremen

vom 18. März 2021

(Drucksache [20/877](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für die Angelegenheit der Häfen im Lande Bremen Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/559

Fragestunde

1. Ausbildungsangebote in der Altenpflege

Anfrage der Abgeordneten Birgitt Pfeiffer, Ute Reimers-Bruns, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 1. Juli 2021

2. Illegaler Welpenhandel

Anfrage der Abgeordneten Janina Brünjes, Ute Reimers-Bruns, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 1. Juli 2021

3. Illegales Glückspiel in Bremen

Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hilz, Birgit Bergmann, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 1. Juli 2021

4. Präventionsarbeit der Polizei an Schulen im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Günther Flißikowski, Marco Lübke, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 1. Juli 2021
 5. Vermögensabschöpfung bei Kryptowährung
Anfrage der Abgeordneten Dr. Oguzhan Yazici, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 1. Juli 2021
 6. Inanspruchnahme von Bildungs- und Teilhabeleistungen vor und während der Corona-Pandemie
Anfrage der Abgeordneten Ingo Tebje, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 1. Juli 2021
- Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.
7. Wie unterstützt der Senat den Bau der A20?
Anfrage der Abgeordneten Thorsten Raschen, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 6. Juli 2021
 8. Mobilfunkversorgung in deutschen Küstengewässern
Anfrage der Abgeordneten Susanne Grobien, Carsten Meyer-Heder, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 6. Juli 2021
 9. Datenspeicherung bei der Polizei
Anfrage des Abgeordneten Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 7. Juli 2021
 10. Internationale Solidarität mit Seeleuten erfordert auch Bremer Impfkampagne
Anfrage der Abgeordneten Ingo Tebje, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 7. Juli 2021
 11. Verlautbarungen von Fraktionen durch interne Bekanntmachungen in Bremer Behörden
Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 21. Juli 2021
 12. Wird der Hafentunnel nach seiner Fertigstellung Bundesautobahn-Zubringer?
Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hiltz, Thore Schäck, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 22. Juli 2021
 13. Aufenthaltsrechtlicher Status von afghanischen Geflüchteten in Bremen
Anfrage der Abgeordneten Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 23. August 2021
 14. Einsatz einer „Inkognito-App“ zur Bekämpfung von häuslicher Gewalt – bald auch in Bremen?

Anfrage der Abgeordneten Antje Grotheer, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 1. September 2021

15. Wie werden Bürgerinnen und Bürger in Bremen und Bremerhaven auf mögliche Unwetter- und Katastrophenszenarien hingewiesen und über Warnmechanismen aufgeklärt?

Anfrage der Abgeordneten Birgit Bergmann, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 8. September 2021

16. Wie geht die Landeszentrale für politische Bildung mit linksextremistischen Vorfällen in ihrem Umfeld um?

Anfrage der Abgeordneten Birgit Bergmann, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 9. September 2021

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/560

Regierungserklärung des Senats zum Thema: „Bekämpfung der Corona Virus SARS-CoV-2-Pandemie“

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Regierungserklärung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/561

Aus Corona-Erfahrungen lernen – Nichtständigen Ausschusses „Corona-Pandemie-Folgen“ einsetzen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 29. Juni 2021
(Drucksache [20/1028](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/562

Dritte Änderungsverordnung zur Änderung der Achtundzwanzigsten Verordnung zum Schutz vor Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 (Achtundzwanzigste Coronaverordnung)

hier: Änderung der Quarantäneregelungen für Kohorten an Tageseinrichtungen nach § 15

Mitteilung des Senats vom 15. September 2021

(Neufassung der Drucksache [20/1104](#) vom 14. September 2021)

(Drucksache [20/1107](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt, dass sie keinen Aufhebungs- oder Änderungsbedarf an der Dritten Änderungsverordnung der Achtundzwanzigsten Coronaverordnung sieht.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/563

Zweite Verordnung zur Änderung der Achtundzwanzigsten Coronaverordnung zum Schutz vor Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2

Mitteilung des Senats vom 7. September 2021

(Drucksache [20/1092](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/564

**Beteiligung der Bürgerschaft beim Erlass von Coronaverordnungen –
Zweite Verordnung zur Änderung der Achtundzwanzigsten Coronaverordnung**

Mitteilung des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses vom 15. September 2021

(Drucksache [20/1108](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/565

Corona-Nothilfe für Minijobber:innen bereitstellen, mehr sozialversicherungspflichtige Arbeit ermöglichen

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 16. Juni 2021

(Drucksache [20/1013](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen,
 - a) dass die Bundesregierung eine pauschale monatliche Nothilfe für Minijobber:innen auflegt. Antragsberechtigt sind diejenigen, die seit dem 16. März 2020 ihren Minijob verloren, hierdurch in finanzielle Notlage geraten sind, und noch keine neue Beschäftigung gefunden haben;
 - b) allen Arbeitnehmer:innen den Schutz durch die Sozialversicherungen zu ermöglichen sowie in Kooperation mit den Ländern geeignete Maßnahmen zu prüfen und zu ergreifen, um sozialversicherungspflichtige Beschäftigung unter dem Leitbild guter Arbeit zu fördern.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, im Rahmen der neuen beschäftigungspolitischen Maßnahme „Perspektive Arbeit für Frauen (PAF)“ ausdrücklich auch jene Frauen zu fördern, die zuvor nur einer geringfügigen (nicht sozialversicherungspflichtigen) Beschäftigung nachgegangen sind.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa zur weiteren Veranlassung.

Nr. 20/566

Schulautonomie stärken – ein Schulfreiheitsgesetz für Bremen und Bremerhaven schaffen

Antrag der Fraktion der FDP
vom 8. September 2021
(Drucksache [20/1096](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/567

Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand sichern – Große Vermögen an der Bewältigung der Corona-Folgen und des Klimawandels stärker beteiligen – Zukunftsinvestitionen ermöglichen!

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 14. September 2021
(Drucksache [20/1102](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest:

Um die hohen Belastungen der staatlichen Haushalte in der Corona-Pandemie in fairer Weise zu verteilen, sollte ein Lastenausgleich durchgeführt werden, durch den insbesondere große private Vermögen einen Beitrag zur Stärkung der finanziellen Handlungsfähigkeit der Gebietskörperschaften leisten.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf:

1. im Bundesrat eine Initiative für einen Lastenausgleich bei der Bewältigung der finanziellen Folgen der Corona-Pandemie und den Kosten der Wiederbelebung und zukunftsgerichteten Stärkung der Wirtschaft zu unternehmen.
2. zur Vorbereitung dieser Initiative eine Expert:innenanhörung zu den steuerpolitischen Instrumenten und der rechtlichen Ausgestaltung eines solchen Lastenausgleichs durchzuführen und dabei Stellungnahmen insbesondere zu den Instrumenten Vermögenssteuer, Vermögensabgabe, Exzess-Gewinnsteuer sowie der angemessenen Beteiligung von Großunternehmen mit Sitz im Ausland einzuholen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an den Senator für Finanzen zur weiteren Veranlassung.

Nr. 20/568

Stellungnahme des Senats zum 3. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz nach der Europäischen Datenschutzgrundverordnung

Mitteilung des Senats vom 14. September

(Drucksache [20/1103](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist die Stellungnahme des Senats zum 3. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz nach der Europäischen Datenschutzgrundverordnung zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/569

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Täterarbeit als Prävention
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 26. Januar 2021
(Drucksache [20/793](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 16. März 2021
(Drucksache [20/872](#))
2. Alle Religionsgemeinschaften im Land Bremen verdienen Respekt und Schutz
Antrag der Fraktion der CDU
vom 15. März 2021
(Drucksache [20/869](#))
3. Clusterpolitik und Innovationsförderung im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 23. Februar 2021
(Drucksache [20/847](#))
D a z u

Mitteilung des Senats vom 16. April 2021
(Drucksache [20/900](#))

4. Digitale Gewalt in Bremen besser bekämpfen!
Antrag der Fraktion der FDP
vom 29. April 2021
(Drucksache [20/938](#))
5. Hass im Netz entgegnetreten – Opferschutz und Strafverfolgung im Land Bremen verbessern
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD
vom 22. Juni 2021
(Drucksache [20/1018](#))
6. Umsetzung der Gewerbeabfallverordnung im Land Bremen für mehr Umwelt-, Ressourcen- und Klimaschutz sicherstellen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 27. April 2021
(Drucksache [20/927](#))
7. Psychosoziale Prozessbegleitung vereinfachen, ausbauen und institutionalisieren
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD
vom 18. Mai 2021
(Drucksache [20/962](#))
8. Wie kann unsere demokratische Gesellschaft in Bremen vor linksextremistischen Strömungen geschützt werden?
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 10. Mai 2021
(Drucksache [20/958](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 31. August 2021
(Drucksache [20/1087](#))
9. Überbetriebliche Ausbildung im Handwerk durch auskömmliche Landeszuschüsse dauerhaft sicherstellen und stärken
Antrag der Fraktion der CDU
vom 1. Juni 2021
(Drucksache [20/981](#))
10. Teilzeitstudienmöglichkeiten im Land Bremen verbessern
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 1. Juni 2021
(Drucksache [20/994](#))
11. Gründung eines Kompetenzzentrums „Faire und nachhaltige Logistik“ im Land Bremen
Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen
vom 15. Juni 2021
(Drucksache [20/1006](#))
D a z u
Änderungsantrag der Fraktion der CDU

vom 8. September 2021
(Drucksache [20/1095](#))

12. Erweiterung der Branchendialoge: Branchendialog Logistik einführen, regelmäßige Berichterstattung sicherstellen
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 15. Juni 2021
(Drucksache [20/1011](#))
13. Mitbestimmungsrechte in der Justiz stärken!
Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen
vom 22. Juni 2021
(Drucksache [20/1017](#))
14. Wie kann Bremen Sporttalente im Land fördern und binden?
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 26. Mai 2021
(Drucksache [20/977](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 13. Juli 2021
(Drucksache [20/1046](#))
15. Personalentwicklung und Personalkosten
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 1. Juni 2021
(Drucksache [20/982](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 13. Juli 2021
(Drucksache [20/1047](#))
16. Die intensivmedizinische Versorgung im Spiegel der Corona-Pandemie – Kapazitäten und Auslastungen mit Blick auf die Krankenhausplanung im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 1. Juni 2021
(Drucksache [20/983](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 10. August 2021
(Drucksache [20/1070](#))
17. Migrantische Repräsentanz in der Verwaltung: Bildet der öffentliche Dienst die Gesellschaft ab?
Große Anfrage der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 1. Juni 2021
(Drucksache [20/995](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 13. Juli 2021
(Drucksache [20/1048](#))
18. Unterhalt und Unterhaltsvorschuss – Kinder von Alleinerziehenden müssen auch im Land Bremen endlich zu ihrem Recht kommen!

Große Anfrage der Fraktion der CDU

vom 22. Juni 2021

(Drucksache [20/1019](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 31. August 2021

(Drucksache [20/1088](#))

19. Zwischenbericht zur Erarbeitung des Bremer Landesaktionsplans
„Istanbul-Konvention umsetzen – Frauen und Kinder vor Gewalt
schützen“
Mitteilung des Senats vom 22. Juni 2021
(Drucksache [20/1022](#))
20. Verbindliche Rahmen für faire Bildungschancen schaffen,
Ganztagsschulausbau planen und finanziell absichern
Antrag der Fraktionen der FDP und der CDU
vom 14. September 2021
(Neufassung der Drucksache [20/1064](#) vom 28. Juli 2021)
(Drucksache [20/1101](#))
21. Grundrechte sind keine Selbstverständlichkeit – Tag des Mauerbaues
als Auftakt zur Stärkung der politischen Bildung nutzen!
Antrag der Fraktion der FDP
vom 28. Juli 2021
(Drucksache [20/1065](#))
22. Sportvereine unterstützen durch Übernahme der Mitgliederbeiträge
für Kinder und Jugendliche aus dem Bremen-Fonds
Antrag der Fraktion der CDU
vom 5. August 2021
(Drucksache [20/1067](#))
23. Nachhaltigkeitsstrategie für das Land Bremen entwickeln!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 9. Juni 2020
(Drucksache [20/428](#))
24. Nachhaltigkeitsstrategie für das Land Bremen entwickeln!
Bericht und Antrag des Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und
Entwicklungszusammenarbeit
vom 31. August 2021
(Drucksache [20/1082](#))
25. Aufbau einer Landesantidiskriminierungsstelle im Land Bremen
Mitteilung des Senats vom 31. August 2021
(Drucksache [20/1085](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.